



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2013/11614**
Datum: 03.04.2013
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Bönisch, Bernhard
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	24.04.2013	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der CDU-Fraktion zur Genossenschaft "Kommunale IT-Union eG"

Im Dezember 2011 stellte die CDU-Fraktion einige Fragen zur Genossenschaft „Kommunale IT-Union eG“.

Diese konnten seinerzeit nicht vollständig beantwortet werden. Deshalb bitten wir um aktuelle Antworten (nachfolgend der Text der damaligen Anfrage)

gez. Bönisch
Fraktionsvorsitzender

Seit 2009 besteht die Genossenschaft „Kommunale IT-Union eG“ (KITU) mit Sitz in der Landeshauptstadt Magdeburg.

Die KITU dient als Plattform für kommunale Zusammenarbeit im Bereich Information und Kommunikation. Ihr Ziel ist es, speziell in Sachsen-Anhalt IT zu organisieren.

Die Vorteile seien lt. Homepage der KITU:

- Durch die Mitnutzung größerer Strukturen beim Betrieb von IT lässt sich eine größere Effizienz erreichen und damit Haushaltsmittel einsparen
- Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen können zeitnah und in der Zusammenarbeit mit anderen Kommunen umgesetzt werden
- Die zunehmende Komplexität beim Einsatz von IT und die steigenden Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit werden durch fachkundiges Personal bewältigt
- Die Kommune kann ihr eigentliches Ziel, Steigerung der Attraktivität als interessanter Wohn- und Unternehmensstandort im Wettbewerb der Regionen, besser erreichen.

Als erste konkrete Projekte werden benannt:

- Meldeportal
- Elektronischer Personalausweis
- EU-Dienstleistungsrichtlinie
- Consulting
- Gemeinsame Beschaffung
- Personalmanagement
- Liegenschafts- und Gebäudemanagement
- Einführung Doppik
- Digitale Gremienarbeit
- Betriebsführung

Derzeit bilden wohl 16 Kommunen Sachsen-Anhalts die Genossenschaft; allerdings ist die Stadt Halle (Saale) hierin nicht vertreten.

Daher fragen wir:

1. Ist der Stadtverwaltung die Existenz dieser Genossenschaft bekannt?
2. Hat sich die Stadt um eine Mitgliedschaft in der Genossenschaft bemüht?
3. Falls ja, weshalb ist es nicht zu einer Mitgliedschaft gekommen?
4. Falls nein, welche Gründe gibt, bzw. gab es hierfür?

gez. Bönisch
Fraktionsvorsitzender



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich I - Finanzen und
Verwaltungsmanagement

12.04.2013

Sitzung des Stadtrates am 24.04.2013

Betreff: Anfrage der CDU-Fraktion zur Genossenschaft "Kommunale IT-Union eG"

Vorlagen-Nummer: V/2013/11614

TOP: 9.3

Antwort der Verwaltung:

Im Dezember 2011 stellte die CDU-Fraktion einige Fragen zur Genossenschaft „Kommunale IT-Union eG“. In Ergänzung zur Antwort zur Anfrage V/2011/10279 hier die aktuelle Fassung:

Die gestellten Fragen lassen nun wie folgt beantworten:

Frage 1: Ist der Stadtverwaltung die Existenz dieser Genossenschaft bekannt?

Antwort: Ja, die Existenz dieser Genossenschaft ist bekannt.

Frage 2: Hat sich die Stadt um eine Mitgliedschaft in der Genossenschaft bemüht?

Antwort:

Ja, die Stadt Halle bemüht sich seit Februar 2010 in den Wirkungskreis der KITU eG zu gelangen. Vor dem Hintergrund der Konstellation, dass die ITC für die Stadt Halle per Vertrag und Stadtratsbeschluss die Betriebsführung der kompletten Datenverarbeitung und die Beschaffung von IT Hardware, Software und Dienstleistungen im Wege von öffentlichen Vergabeverfahren übertragen bekommen hat, hat die ITC hier die Verhandlungen federführend in Abstimmung mit der DV-Koordination übernommen.

Wichtige Rahmenbedingung für uns in Halle ist in diesem Zusammenhang, dass zum jetzigen Zeitpunkt hinter der KITU eG per Satzung ausschließlich die KID Magdeburg als Betreibergesellschaft steht! Das Anliegen der Stadt Halle und der ITC ist aber ganz klar, hier auf Augenhöhe eine Kooperation mit der KITU eG zu erreichen. Dazu führt ITC auf eigene Initiative seit Februar 2010 Gespräche und seit einem halben Jahr bis heute werden intensive Verhandlungen geführt. Es soll erreicht werden, dass ITC und KID gleichwertige Partner/Anbieter innerhalb der KITU eG sind und sichergestellt sein, dass die Interessen der Stadt Halle und der anderen Kommunen in der Region bei einer möglichen Zusammenarbeit entsprechend vertreten werden.

Frage 3: Falls ja, weshalb ist es nicht zu einer Mitgliedschaft gekommen?

Antwort:

Im Ergebnis der Bemühungen eine Mitgliedschaft in der KITU eG zu erlangen lässt sich folgender Sachstand feststellen:

Der Vorstand der KITU eG lehnt es derzeit noch ab, die ITC direkt in der KITU als Mitglied mitwirken zu lassen. Hier stehen nach unserer Auffassung möglicherweise wirtschaftliche Interessen und eine dann ausgeprägte Mitbewerbersituation zwischen KID und ITC im Vordergrund.

Hintergrundinformation:

IT-Consult Halle GmbH aktuell ca. 20 Mio. € Umsatz mit 190 Mitarbeitern KID Magdeburg aktuell ca. 8 Mio. € Umsatz mit 65 Mitarbeitern.

Beide kommunalen IT-Gesellschaften möchten aber in jedem Fall, auch im Interesse der Kommunen im Land Sachsen-Anhalt Wege suchen, um gemeinsame Projekte zu realisieren. Um dies zu erreichen gibt es seit Oktober 2012 regelmäßig intensive Gespräche zur Gestaltung dieser Zusammenarbeit.

Im Ergebnis wurde herausgearbeitet, dass die Form der "interkommunalen Zusammenarbeit - kurz: IKZ" die geeignete Form darstellt. Für konkrete Projekte kann also eine IKZ gebildet werden, an der die IT-Dienstleister und die Kommunen beteiligt sind, so dass alle Vorteile der genossenschaftlichen Zusammenarbeit auch in dieser Form (nur aufgabenkonkret) genutzt werden können. Vorteil für die Stadt Halle wäre hier auch, dass der einmalige Genossenschaftsbeitrag in Höhe von ca. 5.000 € und die jährlichen Pauschalen für die Verwaltungskosten in Höhe von ca. 1.000 € nicht anfallen!

In diesem Zusammenhang wäre zu erwähnen, dass die ITC auch zur Thematik Dataport-Staatsvertrag (bezüglich Landesrechenzentrum) und mögliche Aufgabenteilung mit den kommunalen IT-Dienstleistern im engen Kontakt und intensiven Gesprächen mit der KID steht.

Am 15.02.2013 war die ITC gemeinsam mit den beiden anderen kommunalen IT-Dienstleistern in Sachsen-Anhalt, der KID Magdeburg GmbH und der KDG Wittenberg zu einer Anhörung in der zuständigen Enquete-Kommission des Landtages in Magdeburg zu Gast. Dort bestand die Möglichkeit, den Landtagsabgeordneten noch einmal die Vorteile der Bearbeitung von kommunalen Fachverfahren durch die kommunale Ebene (bzw. durch deren nachgelagerten IT-Dienstleistern) selber zu erläutern.

Hauptargument dafür ist die deutlich größere Kenntnis der Geschäftsprozesse und Ablauforganisation einer Kommune bzw. Kommunalverwaltung gegenüber einer Landeseinrichtung.

Der Vorschlag war deshalb dann auch, bestimmte Projekte nicht ausschließlich über Dataport/Landesrechenzentrum abzuarbeiten, sondern diese der kommunalen Ebene zu übertragen:

Projekte zum Beispiel:

1. Geoportal und Geodatendienste
2. Zentrales Hunderegister Sachsen-Anhalt (ITC hat hier gemeinsam mit der Stadt Halle ein Verfahren entwickelt mit Schnittstelle zum Landesverfahren)
3. Elektronisches Personenstandswesen (erfolgt jetzt bereits schon durch die ARGE EPR LSA - ITC und KID je zur Hälfte gemeinsam)
4. Wohngeldverfahren DIWO
5. LÄMMkom-Sozialhilfe
6. IT-Dienstleistung des BAföG- und AFBG-Verfahrens
7. Bundeselterngehaltverfahren
8. Infodienste im Landesportal.

Auch für diese Themen wurde in der Abwägung aller Vor- und Nachteile sowie der bestehenden Rahmenbedingungen herausgearbeitet, dass die die Zusammenarbeit im Wege einer IKZ (interkommunalen Zusammenarbeit) und nicht über die KITU eG die pragmatischste und flexibelste Lösung unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten darstellt. Derzeit sind von den über 120 Kommunen in Sachsen-Anhalt 22 Kommunen Mitglied in der KITU eG.

Die IKZ bietet im Gegensatz zu einer Mitgliedschaft in der KITU eG die Möglichkeit, ohne zusätzliche Kosten an einer Zusammenarbeit zwischen Kommunen mit Unterstützung der IT-Dienstleister partizipieren zu können.

Frage 4: Falls nein, welche Gründe gibt, bzw. gab es hierfür?

Antwort: Entfällt, da nicht relevant.

Egbert Geier
Bürgermeister